

Baden im Umbau

Autor(en): **Bänziger, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Badener Neujaersblätter**

Band (Jahr): **76 (2001)**

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-324704>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Baden im Umbau

Werner Bänziger

Dass hierzulande Wahlen oder Abstimmungen stattfinden, ist wahrlich keine Seltenheit. Selten aber wird von so genannten Entscheidungs- oder Richtungswahlen gesprochen. Für die Nationalratswahlen vom Herbst 1999 hatte das marktschreierische Etikett Berechtigung: Die Schweizerische Volkspartei (SVP) erhöhte die Zahl ihrer Sitze im Nationalrat von 29 auf 44. Der so genannte Zürcher Kurs machte sich bezahlt. Noch nie zuvor hat man im Fernsehen einen so strahlenden Christoph Blocher gesehen wie am 24. Oktober 1999, dem Wahlabend. Sein Kalkül ist voll aufgegangen. Von der Aargauer SVP sind während des Wahlkampfes kaum Impulse ausgegangen. Obwohl die Kantonalpartei immer wieder ihre Unabhängigkeit betont, wurden und werden die Schlagzeilen in Zürich gemacht.

Im Bezirk Baden hat die SVP nun die Spitzenposition erlangt. Sie kam auf satte 26,4% Wähleranteil (1995: 15,5%). Die Werte der anderen Parteien: SPS 19,4% (20,5%), FDP 18,7% (18,3%), CVP 20,4% (17,8%), Grüne 4,7% (4,9%), SD 2,3% (3,8%), EVP 3,3% (2,7%) und LdU 2,8% (3,9%). Die in der Stadt Baden erzielten Resultate erlauben einige Quervergleiche: Der Spitzenplatz wurde von der SPS gehalten, sie erreichte 25,9% (25,5%), darauf folgte die FDP mit 22,1% (22,2%), die CVP mit 20,4% (15,9%) und, erst auf Rang 4, die SVP mit 17,8% (11,1%). Wenngleich der Zuwachs der SVP in der Stadt Baden beachtlich war, erreichte sie die in der Region erzielten Werte bei weitem nicht. Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass sich in den städtischen Zahlen auch und gerade eine urban zu nennende politische Kultur spiegelt. Die Berührungängste gegenüber Neuem sind weniger ausgeprägt als in der Landschaft, entsprechend weniger erfolgreich waren die – alles in allem – rückwärtsgewandten und des öfteren an die Schmerzgrenze gehenden Parolen der SVP.

Die CVP im Aufwind, Stagnation bei FDP und SPS

Ein weiteres Phänomen gilt es fest zu halten. Obwohl sämtliche Prognosen einen Einbruch der CVP zu vermerken schienen, behauptete sich die Partei nicht nur,

sondern sie konnte ihre Stellung ausbauen. Was auch immer den Ausschlag gegeben haben mag: Die Partei hat den wahrscheinlich professionellsten Wahlkampf geführt. Wer ihre Wahlschriften und Broschüren durchblättert, wurde gewahr, dass sich die CVP endgültig vom Image, allein katholisch und konservativ zu sein, verabschiedet hat. Dass der postulierte Anspruch im politischen Alltag nicht immer eingelöst wird, versteht sich von selbst.

Die SPS profitierte für einmal nicht vom Aufschwung der SVP. Geläufige These unter den Genossen war bis anhin, dass die SPS von der Polarisierung nur profitieren könne, weil sie als einzige Kraft den rechtsbürgerlichen Vormarsch zu stoppen vermöchte. Die erhoffte Zerreibung des Zentrums erwies sich als Fehlkalulation: Dass sich die SPS innert nützlicher Frist zur Mehrheitspartei durchmauern kann, scheint wenig realistisch, zudem ist ihr mit einer marginalisierten CVP kaum geholfen. Denn allein mit ihrer Hilfe vermag sie sozialpolitischen Anliegen dann und wann zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Bezirk Baden entsendet in Zukunft zwei Nationalrätinnen und drei Nationalräte nach Bern: Luzi Stamm (FDP, bisher), Christine Egerszegi (FDP, bisher) Doris Stump (SPS, bisher), Hans Zbinden (SPS, bisher) und Heiner Studer (EVP, neu). Den absoluten Spitzenplatz der Kandidierenden aus dem Bezirk Baden hatte Luzi Stamm mit 46520 Stimmen inne, gefolgt von Christine Egerszegi mit 40092. Ob der Rechtsausser-Politiker für die richtige Partei kandidierte, ist an dieser Stelle nicht zu beurteilen, die Frage scheint ihn aber, wie ein im Sommer 2000 erschienenen Interview zeigte, selber zu beschäftigen ...

Baden, Gemeinde Europas

Josef Bürge, Badener Stadtammann, schaffte die Wahl in den Nationalrat nicht. Damit erwiesen sich die Spekulationen, wer seine Nachfolge antreten könnte, als hinfällig. Bürge will sein Amt, so liess er verlauten, auch in Zukunft ausüben, ihn reizte vorab die Weiterführung des WOV-Projektes (wirkungsorientierte Verwaltungsführung). Obwohl er sich selbst nicht als «Euro-Turbo» versteht, machte er aus seiner prononciert europafreundlichen Haltung kein Geheimnis. «Wir Schweizer gehören zu Europa», war in der «Aargauer Zeitung» zu lesen. So banal die Aussage sachlich sein mag, in der Schweiz heutiger Tage ist mit ihr nur bedingt Applaus zu holen. Die Ortsschilder «Baden, Gemeinde Europas» sind vor einiger Zeit übermalt worden – von unbekannter Hand. An die Stelle der Feindbilder des Kalten Kriegs, die in den 90er-Jahren implodierten, sind neue getreten. Wie ist es rational zu erklären, dass ein Teil der Bevölkerung die Europäische Union nur noch als bürokratisches, monströses, auf jeden Fall aber demokratiefeindliches Gebilde wahrnimmt? Verwundert reibt man sich die Augen.

Allen Unkenrufen zum Trotz hatten die «Bilateralen Verträge» mit der Europäischen Union vor dem Schweizer Volk Bestand. Der Kanton Aargau befürwortete das Vertragswerk am 21. Mai 2000 mit 62% Ja-Stimmen. Damit hat sich das Verhältnis der Schweiz zu Europa fürs Erste geklärt. Mit rekordverdächtigen 78,42% sprachen sich die Badener Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für die Bilateralen aus. Dass in dieser Frage vorerst Ruhe einkehren möge, ist ein wohl weit verbreiteter Wunsch.

Noch ein letztes Wahlergebnis: Peter Beyeler tritt in die Fussstapfen von Thomas Pfisterer. Damit ist auch der Ostaargau wieder im Regierungsrat vertreten. Nachdem der Rütihöfler Beyeler Christian Stärkle, den SVP-Kandidaten, um rund 12000 Stimmen hinter sich gelassen hatte, war der Ausgang des zweiten Wahlgangs klar. Doch die eigentliche Bewährungsprobe steht dem neuen Regierungsrat noch bevor – der Praxisschock.

Fieberkurve des Wandels

Baden ist im Umbau, allerorten. Bald gibt es keine im Zentrum gelegene Strasse mehr, die im zurückliegenden Berichtsjahr nicht aufgerissen worden wäre. Wer sich im Raum Bruggerstrasse/Haselstrasse oder im Bahnhofbereich bewegte, sah sich, sei es als Fussgänger, sei es als Velo- oder Autofahrer, täglich neuen Herausforderungen gegenüber. «Das Mass ist überschritten», titelte die «Aargauer Zeitung» im Januar 2000, als der Aushub des hinter dem Bahnhof gelegenen «Langhauses» in vollem Gang war. Noch selten zuvor sind so viele Strassenprojekte gleichzeitig verfolgt worden. Spezielle Aufmerksamkeit erregten die Arbeiten an der Siggenthaler Brücke und der Baubeginn am Baregg. Niemand wird zwar ernsthaft erwarten, dass sich die Verkehrsprobleme im Raum Baden nachhaltig lösen lassen. Weil in der Verkehrsplanung das Prinzip Hoffnung gilt, tut man das Mögliche – doch ist es genug? Die Bereitschaft der Verkehrsteilnehmer, Einschränkungen zu akzeptieren, ist bescheiden. Das hat auch der Kanton Aargau erkennen müssen, als er die «Stauwegwoche» durchführte. Regierungsrat Thomas Pfisterer hielt abschliessend fest: «Der Effekt auf der Strasse war bescheiden, man kann aber keine Wunder erwarten.» Wunder aber bräuchte es, sollte der Dauerstau vor dem Baregg zum Verschwinden gebracht werden ...

«Badener Steine» bleiben

Die Initiative zur Aufhebung der Tempo-30-Zonen und zur Entfernung der ästhetisch wenig überzeugenden Würfel – im Volksmund werden sie als «Badener Steine» bezeichnet –, ist im November 1999 mit 2248 gegen 1361 Stimmen abgelehnt worden. Die Verkehrsberuhigung in den Quartieren kann fortgeführt wer-

den. Bemerkenswert die Geschlossenheit der politischen Parteien in dieser Sachfrage: Sämtliche Fraktionen plädierten für Verwerfung. Weniger geschlossen zeigte sich das Stadtparlament, das im Jahr 2000 übrigens erstmals von zwei Frauen, Daniela Oehrli und Ursula Gut, geführt wird, bei zwei anderen Vorhaben: Als die Verselbständigung der Städtischen Werke zur Diskussion stand, wurden altbekannte Fronten manifest. Vorab Sozialdemokraten und Gewerkschafter bekämpften die Privatisierung. Die Angst vor einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mag einer der Gründe gewesen sein, weshalb die Linke ihr Veto einlegte, angeführt wurde aber auch der Verlust demokratischer Kontrolle. Auf die Einsicht, dass ein staatlicher Regiebetrieb dem liberalisierten Elektrizitätsmarkt nicht mehr gewachsen sei, wartete man vergeblich. Wer Belege für die von der «Neuen Zürcher Zeitung» vertretene These gesucht hätte, die SPS weise sozialkonservative Tendenzen auf, wäre im Abstimmungskampf mehrfach fündig geworden. Mit 2720 Ja zu 1402 Nein wurde die Änderung im Sommer 1999 gutgeheissen. Privatisiert werden auch die Regionalen Verkehrsbetriebe Baden-Wettingen. Mit 39 zu 4 Stimmen unterstützte das Stadtparlament im Juli 1999 das Vorhaben. Und bereits ein halbes Jahr später wurde die den Verkehrsbetrieb tragende AG gegründet.

Dienen und verdienen

Der Steuerfuss, das Dauerthema in den Kommunen, wurde von 105% auf 100% gesenkt. Noch einmal war eine epische Diskussion zu verfolgen. Die Sozialdemokraten bemängelten in erster Linie, dass die Steuersenkung nur den gut Verdienenden nütze. Der Gedanke ist so abwegig nicht, er lässt sich mit Beispielen leicht untermauern, die implizite Annahme jedoch, eine Gemeinde mit höherem Steuerfuss sei eine sozialere Gemeinde, irritiert. Das ist – mit Verlaub – naiv.

Vor Naivität war auch der Stadtrat nicht gefeit, als er auf den Rücktritt René Bernhards, des Feuerwehrkommandanten, mit der Ernennung eines wenig abgestützten Kandidaten reagierte – ohne Anhörung der Feuerwehrkommission. Darauf war Feuer im Dach. Die am Ende getroffene Lösung scheint indes salomonisch: Die Geschäftsleitung liegt in Zukunft bei Martin Zulauf, Toni Suter und Rolf Moser, einem Dreierteam. Die Feuerwehr hat ihre «Unabhängigkeit» erfolgreich verteidigt, sie bleibt, was sie schon immer war: ein Instrument zur Brandbekämpfung und ein Soziotop mit männerbündlerischen Tendenzen.

Martin Zulauf, der Kommandant der Badener Polizei, erregte noch in einem anderen Zusammenhang Aufsehen. Im Februar 2000 überwies er als Leiter der Zivilschutzorganisation 1200 Zivildienstpflichtige der Reserve – sehr zur Verärgerung von Martin Vöggtli, Chef Abteilung Zivile Verteidigung. Als besonders stossend empfand der kantonale Chefbeamte, dass die Reservisten nach Badener

Modell keine Grundausbildung mehr zu absolvieren haben. Wer diese Ausbildung erschöpfend kennen gelernt hat, vernimmt mit Vergnügen, dass sie Hunderten von Menschen in Zukunft erspart bleiben wird ...